



ARCHIV | Foto: Imago / Jochen Tack

## Hohe Spritpreise treiben mehr Menschen in Bus und Bahn

10. April 2026

**Steigende Kraftstoffpreise sorgen laut Verkehrsunternehmen für wachsende Nachfrage im ÖPNV. Wegen knapper Mittel bleibt ein Ausbau des Angebots jedoch vorerst aus. Die Linke fordert das 9-Euro-Ticket.**

Die hohen Spritpreise in Deutschland führen offenbar zu deutlich mehr Fahrgästen in Bussen und Bahnen. Man gehe davon aus, "dass die Nachfrage nach ÖPNV-Tickets vor dem Hintergrund gestiegener Kraftstoffpreise für Pkw gestiegen ist", sagte ein Sprecher des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) der *Rheinischen Post* (Freitagausgabe).

"Bedauerlicherweise können die Verkehrsunternehmen darauf nicht mit einem angemessenen Angebotsaufwuchs reagieren aufgrund der knappen Budgets." Wichtig sei daher, dass der Bund den im Koalitionsvertrag vereinbarten ÖPNV-Modernisierungspakt nun auch entschlossen umsetze. So müsse beispielsweise das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz so geändert werden, "dass die Verkehrsunternehmen Planungssicherheit haben", sagte der Sprecher.

### Forderung nach Entlastungspaket und staatlichen Hilfen

Wegen der weiterhin hohen Sprit- und Energiepreise hat die Linke die Bundesregierung dazu aufgefordert, ein umfassendes "Entlastungspaket" auf den Weg zu bringen. "Wenn Merz es ernst meint, muss er jetzt liefern: Preise wirksam deckeln, Krisengewinne der Energiekonzerne konsequent abschöpfen und mit 150-Euro-Energiekrisengeld und 9-Euro-Ticket sofort für spürbare Entlastung im Alltag sorgen", sagte Linken-Chefin Ines Schwerdtner der *Rheinischen Post* (Freitagausgabe). Eine höhere Pendlerpauschale und niedrigere Strompreise allein reichten nicht, "wenn gleichzeitig die Preise für Energie und Lebensmittel weiter durch die Decke gehen", fügte Schwerdtner hinzu.

Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) forderte staatliche Hilfen. "Die Menschen müssen bei hoher Inflation, weiter steigenden Mieten und nun auch noch explodierenden Energiekosten endlich entlastet werden", sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Gleichzeitig dürfe es nicht sein, dass einzelne Unternehmen von der Krise pro-

fitieren und die Bürger “die Zeche zahlen”, erklärte sie. “Deshalb muss auch endlich die Einführung einer Übergewinnsteuer geprüft werden.”

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte am Donnerstag gesagt, dass es zu möglichen Entlastungsmaßnahmen in der Bundesregierung noch keine Einigkeit gebe. Sollten die Preise trotz der aktuellen Entspannungssignale weiter und dauerhaft deutlich steigen, werde die Regierung handeln.